

Rechtspolitisches aus Europa

Von Garonne Bezjak, Berlin¹

Zuletzt schien es, dass in der EU alles in seinen mehr oder weniger geordneten Bahnen verläuft: Gerade hatten sich die Innenminister*innen der EU noch in Lille und Tourcoing zum informellen Rat getroffen, um sich erneut über Themen wie die Reform des Migrations- und Asylsystems und der Radikalisierung auszutauschen. Der Migrations- und Asylpolitik waren einmal mehr ein hohes Maß an Komplexität beschieden worden, der man sich etappenweise annähern müsse. Und natürlich durften auch die sicherheitspolitischen Herausforderungen nicht fehlen, denen sich die EU etwa durch die Verbreitung von Ideologien und Lebensweisen, die in Widerspruch zu europäischen Werten stünden, ausgesetzt sehe.²

Diese zuweilen etwas beschaulich anmutende Geschäftigkeit wurde am 24. Februar 2022 mit einem Paukenschlag jäh unterbrochen, nachdem russische Truppen um kurz nach 6 Uhr morgens gegen die Ukraine in den Krieg gezogen sind. Anders als die zahlreichen anderen gegenwärtig geführten Kriege und bewaffneten Konflikte³ betrifft dieser Krieg die EU, seine Wertegemeinschaft und seine Bürger*innen in einer Unmittelbarkeit, die nachvollziehbar im besonderen Maße Unruhe in die EU gebracht hat. Es kann daher nicht überraschen, dass die EU die Reaktion auf den Krieg von Beginn an als prioritär angesehen hat und sich die Innenminister*innen bereits drei Tage nach der russischen Militärintervention zu einem außerordentlichen JI-Rat⁴ getroffen haben.

Im Nachgang zu dem Treffen hat die EU die integrierte EU-Regelung für die politische Reaktion auf Krisen (Integrated Political Crisis Reponse – IPCR) in vollem Umfang aktiviert. Bei der ICPR handelt es sich um einen EU-Rahmen für die Koordinierung sektorübergreifender Krisen auf höchster politischer Ebene. Die IPCR ermöglicht im Fall von Krisen mit weitreichenden Auswirkungen oder von großer politischer Bedeutung eine frühzeitige Koordinierung und Reaktion auf politischer Ebene der Union, unabhängig davon, ob die Krise ihren Ursprung innerhalb oder außerhalb der Union

1 Der Artikel gibt ausschließlich die private Auffassung der Verfasserin wieder.

2 Vgl. <https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/de/aktuelles/informelles-treffen-der-innenminister/>.

3 Ausweislich der Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung gab es im Jahr 2020 weltweit insgesamt 29 Kriege und bewaffnete Konflikte.

4 Der Rat für Justiz und Inneres (JI-Rat) ist das zentrale Entscheidungsgremium der EU in Fragen der europäischen Innen- und Justizpolitik.